

Der Europarat ist gefordert

Im *forum*-Menschenrechtsdossier meinte Staatssekretärin Lydie Err: «Ich habe mit großer Enttäuschung festgestellt, daß in der letzten Sitzung der parlamentarischen Versammlung des Europarats der Bericht über die Lage der Minderheiten in der Südosttürkei (lies: der Kurden) nicht angenommen wurde. Das schadet der Glaubwürdigkeit des Europarats.» In letzter Zeit hat zwar der Europarat, dem mittlerweile rund 40 europäische Staaten angehören, gelegentlich auch die Zähne gezeigt, wie Publik-Forum sich jüngst ausdrückte (Nr. 3/1999). Sogar Luxemburg bekam sie zu spüren nach dem zweimaligen Besuch der Kommission zur Vorbeugung der Folter im Schrassiger Gefängnis (vgl. *forum* Nr. 187, S. 34ff.). Georgien muß innerhalb eines Jahres die Europäische Menschenrechtskonvention, die Anti-Folter-Konvention und die Charta zum Schutz der Minderheiten ratifizieren, will es im April 1999 Mitglied des Europarats werden. Und die Ukraine muß innerhalb fünf Monaten die Todesstrafe abschaffen, sonst droht ihr der Ausschuß und das Ende ihrer Kreditwürdigkeit bei internationalen Finanzorganisationen.

So radikale Drohungen gab es leider noch keine gegenüber der Türkei. Nun haben sich Öcalans Anwälte an den Europarat gewandt, damit er eingreift, um dem Kurdenführer einen rechtsstaatlichen Prozeß in der Türkei zu garantieren. Da im Ministerrat des Europarats Einstimmigkeit herrschen muß, ist auch die Luxemburger Regierung gefordert, um bei ihren NATO- und EU-Partnern darauf hin zu wirken, daß der Türkei rechtzeitig eindeutige Maßstäbe gesetzt werden, was ein rechtsstaatlicher Prozeß ist. Das dürfte nach der Abwahl des Waffenhändlers Kohl in Deutschland ja etwas einfacher geworden sein. Der Rausschmiß aus dem Club demokratischer Staaten, den der Europarat gerne darstellt, darf nicht nur der Ukraine drohen.

m.p.

Erlaßjahr 2000

Als Papst Johannes Paul II. sich 1994 mit seinem Schreiben *Terrentio Millennio Adveniente* an die Christenheit wandte, um das Jahr 2000 nach altrömischer Manier zum Jubeljahr zu erklären, wurde er von vielen als Tourismusmanager der Stadt Rom belächelt. Doch ein Satz aus seinem Schrei-

ben ließ aufhorchen: «So werden sich (...) die Christen zur Stimme aller Armen der Welt machen müssen, indem sie das Jubeljahr als eine passende Zeit hinstellen, um unter anderem an eine Überprüfung, wenn nicht überhaupt an einen erheblichen Erlaß der internationalen Schulden zu denken, die auf dem Geschick der Nationen lasten.» (§ 51) Johannes Paul griff damit eine altjüdische Idee auf, der zufolge jedes 50. Jahr die Sklaven befreit, das Land neuverteilt, die Schulden nachgelassen wurden, zum Zeichen, daß alles Gott gehört und der Mensch die Erde nur gepachtet hat. Der Papst stellte sich damit aber auch hinter eine Forderung, die von zahllosen Dritte-Welt-Aktionsgruppen seit Jahren als notwendige Voraussetzung angesehen wird, sollten denn die armen Länder je eine Chance zum Neubeginn erhalten. Insofern wird es selbstverständlich auch nicht genügen, die Schulden zu streichen, sondern es werden auch positive Maßnahmen gegen eine Neuverschuldung und zur gerechteren Gestaltung der internationalen Handelsbeziehungen angemahnt.

In Kanada haben 30 Kirchen und Religionsgemeinschaften die Regierung aufgefordert, den 50 ärmsten Ländern der Welt die Schulden zu erlassen. In Deutschland hat das bischöfliche Hilfswerk Misereor eine breit angelegte Informationskampagne gestartet, um die Idee vom allgemeinen Schuldenerlaß politisch durchzusetzen. Gleichzeitig läuft eine Unterschriftenaktionen, bei der weltweit Millionen Unterschriften gesammelt werden sollen, die am 19. Juni 1999 in Köln den Regierungschefs der 8 mächtigsten Industrienationen der Welt beim G8-Gipfel überreicht werden sollen. Ähnliche Initiativen gibt es in Großbritannien, Frankreich, Spanien, auf dem afrikanischen Kontinent und in Lateinamerika.

Auch in Luxemburg wurde die Idee aufgegriffen. Das LW veröffentlichte am 11.2.1999 einen Leitartikel zum notwendigen Schuldenmoratorium. Und das Fastenhilfswerk der Kirche Luxemburg 'Bridderlech Delen' will zusammen mit Caritas und Justitia et Pax in den Pfarreien und christlichen Gemeinschaften Unterschriften sammeln. Die

Déi lescht LSV-Wanterliesung vun dësem Joer!

Méindeg, 15. Mäerz 1999, ëm 19.30 Auer
am Konschthaus beim Engel
Lëtzebuerg-Fëschmaart

mam:

Roger Manderscheid
Guy Rewenig
Fritz Werf

Musek: Cary Greisch

Fräien Entrée

N.B. Fritz Werf ist der ausländische Gast der diesjährigen LSV-Wanterliesungen. Der Lyriker aus Andernach (Deutschland) ist auch editorisch tätig als Begründer des «atelier verlag andernach». In diesem Verlag erschien 1991 die Anthologie «Händedruck – Neue Gedichte aus Luxemburg», mit Texten von elf LyrikerInnen und Zeichnungen von Roger Manderscheid.

diesbezügliche Sonderbeilage im LW vom 17.2.1999 war aber ganz auf Spendenaufruf getrimmt und dermaßen mit den üblichen Klischees von dickbäuchigen Kindern, wehenden Frauen und eifrig lernenden Missionsschülern umrahmt, daß die politische Botschaft völlig unterging. Von Information über die Ursachen und Folgen der Verschuldung armer Staaten für die dortige Bevölkerung keine Spur. Nicht einmal, an wen sich die Unterschriftenaktion richten soll, wird erklärt. Und warum richtet der Appell sich nur an die Christen? Der Erfolg eines Jubeljahres könnte Millionen Menschen in der Dritten Welt ganz einfach das Leben retten und der Kirche mehr Prestige und Glaubwürdigkeit einbringen als das Abstinenzgebot (auch wenn beide biblisch durchaus zusammenhängen). *forum* steht bereit, um eine derartige Initiative tatkräftig zu unterstützen.

Die Chancen, daß die reichen Nationen die biblische Tradition eines Schuldenerlasses aufgreifen, stehen nicht einmal so schnell, denn die G7-Finanzminister haben am 20. Februar in Bonn schon mal über derartige Pläne diskutiert. In der Tat haben die kreditgebenden Banken die ausstehenden Schulden längst über steuerbegünstigte Abschreibungen kompensiert.

m.p.

Minister Frieden steckt zurück

Forum berichtete in der letzten Ausgabe über eine sehr restriktive Instruktion des Luxemburger Justizministers betreffend die Aufenthaltsgenehmigung für Studenten, die nicht aus der EU stammen. Mittlerweile ist die ASTI zusammen mit den Studentenorganisationen ALUC und UNEL sowie der CSJ und JDL bei Minister Frieden vorstellig geworden. Er nahm daraufhin das Verbot, ein Studienjahr zweimal zu absolvieren, zurück, sicherte auch die schnelle Regelung der seit dem 15. September 1998 anhängigen Fälle zu und versprach eine systematische Information der betroffenen Studenten am CUNLUX und am IST.

Die Eingangsbestätigung des Justizministeriums für den Aufenthaltsantrag soll in Zukunft als provisorische Genehmigung gelten. Die eingangs genannten Vereinigungen wollen auch beim Arbeitsminister vorstellig werden, damit diese Studenten Ferienjobs ausüben dürfen, um sich zwecks Finanzierung ihres Studiums ein Taschengeld zu verdienen.

m.p.

Wieder Blut für Öl in Nigeria

Wir haben die Gasflammen und Ölverseuchungen satt“, erklärten die Ijaw, die viertgrößte Bevölkerungsgruppe Nigerias. In der „Erklärung von Kaiama“ stellten Aktivisten der Ijaw den Öl-Konzernen, die im Niger-Delta schwarzes Gold fördern, ein Ultimatum. Doch *Shell*, *Chevron* und *British Petroleum* stellten nicht, wie gefordert, die Öl- und Gasförderung ein. Entgegen den Bemühungen zur Demokratisierung des Landes entsandte die nigerianische Regierung militärische Spezialkommandos in die betroffene Region, „um

LESUNG

BIRGIT VANDERBEKE

Mittwoch, 17. März - 20 Uhr

Goethe Institut, Galerie Kons
26, place de la Gare
Luxemburg

Birgit Vanderbeke, 1956 im brandenburgischen Dähme geboren, hat in Frankfurt am Main Rechtswissenschaften und Romanistik studiert. Sie lebt heute als freie Schriftstellerin in Südfrankreich. Schon für ihre erste Erzählung, „Das Muschelessen“, erhielt sie 1990 den Ingebrog-Bachmann-Preis.

Seitdem hat sie mehrere Erzählungen veröffentlicht: „Fehlende Teile“ (1992); „Gut genug“ (1993); „Ich will meinen Mord“ (1995); „Friedliche Zeiten“ (1996), „Alberta empfängt einen Liebhaber“ (1997).

In der Presse wird Sie einhellig gelobt, von taz bis FAZ, vom Spiegel bis zu Focus und Stern, vom Handelsblatt ebenso wie von der Süddeutschen und in aller Bescheidenheit, auch von ExLibris, der Literaturbeilage der LIESZEECHEN asbl. Selbst die drei ständigen Mitglieder des Literarischen Quartetts sind bei ihr einer (positiven) Meinung, und das will was heißen.

LIESZEECHEN freut sich diese eigenwillige Autorin ankündigen zu können und dankt dem Goethe-Institut und dem Luxemburger Germanistenverband für die freundliche Unterstützung.

die Einrichtungen zur Ölförderung gegen Vandalismus zu schützen“. Später beklagten die Ijaw über 240 Tote als Folge der Auseinandersetzungen. Die nigerianischen Behörden gaben „lediglich“ 20 Tote an.

Nach Angaben der internationalen Nachrichtenagentur IPS ist es der Ijaw mit ihrer Kampagne „Operation Klimawechsel“ gelungen, durch Besetzungen und Blockaden ein Drittel des Ölexports aus dem Niger-Delta zu verhindern. Nigeria ist weltweit der sechstgrößte Ölproduzent und erwirtschaftet 90 Prozent seiner Deviseneinnahmen durch Ölexporte. Gleichzeitig gibt es in vielen Ölförder-Regionen des Niger-Deltas weder Elektrizität noch Zugang zu sauberem Wasser. Für die Umweltverschmutzung und die Armut der Bevölkerung macht nicht nur die Ijaw-Jugend eine „Allianz des nigerianischen Staates mit den Öl-Konzernen“ verantwortlich. Schon der nigerianische Schriftsteller Ken Saro Wiwa hatte die Zusammenarbeit der Konzerne mit dem damals amtierenden Diktator Sani Abacha kritisiert und mußte dafür 1995 mit dem Leben bezahlen. Die „Operation Klimawechsel“ wird von Menschenrechts- und Umweltaktivisten,

Rechtsanwälten und Journalisten unterstützt. Sie fordern den unmittelbaren Abzug des Militärs aus dem Niger-Delta, die unverzügliche Freilassung der inhaftierten Ijaw und schlagen ein Referendum unter Aufsicht der Vereinten Nationen im Niger-Delta vor.

Inzwischen haben die Konflikte auch London erreicht. Anfang des Jahres besetzten mehrere Aktivisten der Ijaw für sechs Stunden den Shell-Hauptsitz. Shell-Geschäftsführer Chris Fay lehnte Gespräche mit den Besetzern ab und erklärte, daß der Konzern den Anliegen der Ijaw nicht entgegenkommen werde, denn diese seien „irrational“.

Die Besetzer verstehen ihre Aktion als Botschaft an die Adresse der transnationalen Konzerne: „1999 wird ein Jahr der wachsenden Globalisierung des Widerstands werden.“ Ihre Sprecher kritisieren die „zunehmende Militarisierung des Handels“ und kündigen weitere Protestaktionen zum Zeitpunkt des Weltwirtschaftsgipfels am 18. Juni an, die in den Finanzzentren von London, New York und Mexiko City statt finden sollen.

Gerhard Klas

aus Publik-Forum, Nr.3, 1999

Les Chiliens au Luxembourg consternés

Le comité contre l'impunité qui rassemble la plupart des victimes de la dictature du général Pinochet qui ont trouvé refuge au Luxembourg a appris avec consternation que des hauts dignitaires du Saint-Siège seraient intervenus en novembre dernier à la demande du gouvernement chilien en faveur de l'ancien dictateur chilien auprès des autorités britanniques.

Dans un communiqué de presse le comité critique le fait que des hauts représentants du Saint-Siège se sont immiscés dans une procédure judiciaire dans un Etat démocratique sous des prétextes humanitaires, alors que toutes les garanties sont données pour que le procès contre le général Pinochet se déroule devant une justice indépendante, aux débats contradictoires et dont les jugements ne peuvent déboucher sur la peine capitale, droits sacrés dont les victimes du dictateur chilien n'ont jamais pu profiter.

Eine forum-Wahlveranstaltung in der Kulturfabrik/Esch:



WALE' 99 Méindeg, 19. Abrëll - 20.15
Kulturfabrik Esch-Alzette

**Aarbechtslosegkeet, Veraarmung:
Muss dat sin? Wat man?**

forum organisiert zu deem Thema e **Face-à-face** tëscht
Jean-Claude Juncker (CSV) an **André Hoffmann** (D'Lénk)

Als Fachleit si mat derbäi: Jean Bouché (ATD-Quart Monde)
Marc Spautz (LCGB) an Gaby Urbé (Ekonomistinnen)